

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 115.

Neuenbürg, Dienstag den 20. Mai 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 17. Mai. Der Unterausschuß 4 der Sozialisierungskommission hat sich mit der Frage der Gewerkschaftsmitgliedschaft der Arbeiter befaßt. Es wurden die bisher im Ausland und zum Teil in Deutschland mit einer Beteiligung der Arbeiter u. Angestellten eines Unternehmens an dem eine gewisse Vergütung des Kapitals übersteigenden Gewinn gemachten Versuche eingehend besprochen. Alsdann wurde die Möglichkeit einer solchen Beteiligung bei den verschiedenen Arten der Sozialisierung beraten, die in den verschiedenen Unterausschüssen behandelt werden. Der Ausschluß sollte einstimmig fest, daß die Frage erst dann spruchreif ist, wenn bei dem einen oder anderen Wirtschaftszweig nach den Beschlüssen der betreffenden Unterausschüsse der Arbeiterschaft Sozialisierungskommission eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter möglich sein werde. (Von einer Beteiligung an etwaigen Verlusten will man demnach nichts wissen. Schriftl.)

Karlsruhe, 19. Mai. Bei den Wahlen der Stadtverordneten wurden von den etwa 8000 Wahlberechtigten insgesamt 34910 Stimmen abgegeben. Es verteilten sich die durch die Städteordnung vorgeschriebenen 96 Sitze wie folgt: Deutsch-Demokraten 30, Sozialdemokraten 24, Zentrum 24, Unabhängige 10, Deutsch-Nationale 8.

Berlin, 19. Mai. Der Berliner Volksgenosse der Arbeiter- und Soldatenräte hielt gestern eine Sitzung ab, in der von einem Schreiben des Zentralkomitees Kenntnis gegeben wurde, worin mitgeteilt wird, daß es der Zentralrat nicht für zweckentsprechend hält, einen Rätekongreß einzuberufen, welcher gemäß dem schon gemeldeten Beschluß der Vollversammlung zu den Friedensbedingungen der Antite Stellung nehmen sollte. Von der Fraktion der Arbeiter- und Soldatenräte wurde eine Erklärung gegen das Urteil im Liebknechtprozeß abgegeben, dem die Regierung die Verhängung versagen soll.

Berlin, 19. Mai. Die britischen Besatzungsbehörden haben in Köln bis auf weiteres alle Versammlungen der Zentrumspartei verboten. Es dürfen daher auch solche Versammlungen der Zentrumspartei nicht stattfinden, die bereits genehmigt worden sind. — Reichsminister Erzberger hat sich in einer Unterredung mit dem Vertreter der New-York Times über den Versailler Vertrag dahin ausgesprochen, daß die deutsche Regierung ihn nicht unterzeichnen könne. — Gegen Köln könnte Deutschland Lebensmittel im Ausland kaufen. Aber die Besatzungen der Eisenbahnwerke, Kohlenfelder, Großhöfen, Neubleicherode und Wismarckhall hindern. Sie fordern 16 Mk. Durchschnittslohn und siebenstündige Arbeitszeit.

Vaterlandslose Gesellen.

München, 19. Mai. Am gestrigen Sonntag wurde in der Pfalz ein französischfreundlicher Putsch versucht, an welchem 21 Herren aus Landau beteiligt waren. Die Putschisten hinter denen eine kleine Anzahl Kapitalisten und Kriegsgewinnler stehen soll, verlangten vom Regierungspräsidenten der Pfalz die Ausrufung der selbstständigen Republik Pfalz, um auf diese Weise einen günstigeren Sonderfrieden zu erhalten. Der Regierungspräsident lehnte das lausenerische Ansuchen ab und berief telegraphisch für gestern eine Versammlung ein, an welcher folgende Korporationen teilnahmen: Mitglieder der Nationalversammlung, des bayerischen Landtags und des Rates für die Pfalz, die Führer aller politischen Parteien und Vertreter gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher und wirtschaftlicher Organisationen. Auch die französische Besatzungsbehörde war durch den Konzeptionsrat der Zivilverwaltung vertreten. Nach eingehender Aussprache und einmütigem Verlangen der Landauer Putschisten wurde eine Entschließung angenommen, in welcher mit größter Entschiedenheit betont wird, daß die Pfalz unteilbar zu Deutschland gehört. „Die Pfälzer“, so heißt es, wollen in der schwersten Stunde der deutschen Geschichte ihrem geliebten Vaterlande unverbrüchliche Treue halten. Die Frage, ob die Pfalz mit Bayern vereinigt werden soll oder nicht, ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit, die nur auf Grund der künftigen Reichs- und Landesverfassungen entschieden werden darf.

Englische Gewalt Herrschaft.

Solingen, 18. Mai. Die britische Besatzungsbehörde hat den Bürgermeistern des Solinger Bezirks die Aufforderung zukommen lassen, anzukündigen, daß bis morgen alle fertigen Waffen abzuliefern sind. Die weitere Fabrikation ist verboten, ebenso der Verkauf. Selbst kunstgewerbliche Waffensammlungen müssen abgeliefert werden. Die Briten führen mit dieser Maßnahme einen tödlichen Schlag gegen die Solinger Industrie, die ihnen bisher stets eine harte Konkurrenz war.

Der Druck auf Deutschland.

Ludwigshafen, 19. Mai. Die an den Rheinbrücken gelegenen Garnisonorte in der Pfalz, im Elsaß und in den Rheinlanden erhielten in den letzten Tagen bedeutende Truppenverstärkungen; namentlich französische und englische Reserve- und Infanterie, sowie zahlreiche Artillerie und Maschinengewehrabteilungen. Die Inspektionsreise des Marschalls Foch wird fortgesetzt. Der Marschall wird zunächst französische Truppen in der besetzten Pfalz besichtigen. Die pfälzischen Bahnhöfe tragen infolge der bevorstehenden Ankunft Fochs Flaggenschmuck.

Paris, 19. Mai. Auf dem gesamten rechten Rheinufer sind umfangreiche Neugruppierungen der Truppen im Gange. Alle nicht absolut zuverlässigen Formationen werden nach Innerfrankreich oder England zurückgeschickt und durch völlig zuverlässige Truppen ersetzt. Jüngere Mannschaften sind im besetzten Gebiet eingetroffen und haben ältere Landsturmbildungen, sowie Landwehrtrouppen abgelöst. Seit Sonntag wurde die Militärkontrolle und die Zensur auf dem linken Rheinufer verhängt.

Ausland.

Zürich, 19. Mai. Die „Züricher Morgenzeitung“ meldet, der Bundesrat habe die Grenzkommandos davon in Kenntnis gesetzt, daß die Königin von Schweden, die Schwester des Großherzogs von Baden, demnächst sich nach der Schweiz begeben und die deutsch-schweizerische Grenze passieren werde. — Hindenburg hat bei der zuständigen Schweizer Behörde um die Erlaubnis zu einem Sommeraufenthalt in der Schweiz nachgesucht.

Kopenhagen, 17. Mai. Bei der gestrigen Wahlversammlung der Radikalen in Kopenhagen hielt der Parteivorsitzende Rasmussen eine Rede über die von der Entente festgesetzte Abstimmung Schlesiens in 3 Zonen. Man dürfe sich bei aller Freude nicht dem verschließen, daß die Bestimmungen des Friedensentwurfes über die Wänsche Dänemarks hinausgingen, da auch eine Abstimmung verlangt werde in Gebieten, die nach Sprache und Gesinnung rein deutsch seien. Diese Bestimmungen enthielten die schwersten Gefahren für die Zukunft Dänemarks. Wenn wir, — sagte der Minister — gegen 300 000 deutsche Einwohner bekommen, würde Dänemark ein geteilter Staat werden, nämlich ein dänisch-deutsches Reich. Wir können an einer solchen Regelung nicht teilnehmen.

Rotterdam, 19. Mai. Der Brüsseler Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ erzählt, daß der Artikel 227 des Friedensvertrages, welcher auf den Kaiser Bezug hat, geändert worden ist. Das Verlangen, daß der Kaiser vor ein Gericht gestellt werden soll, wird jetzt begründet mit der „höchsten Sendung internationaler Moral“.

Versailles, 18. Mai. Graf Brockdorff reichte eine neue Note, und zwar zum Schutz der Missionsarbeit, bei Clemenceau ein.

Paris, 18. Mai. Der österreichische Friedensvertrag ist gestern fertiggestellt worden. Die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit für den Krieg sind fastisch dieselben wie die in dem Deutschland betreffenden Verträge, aber der frühere Kaiser wird nicht angeklagt.

Paris, 18. Mai. Wie das „Petit Journal“ aus sicherer Quelle heute meldet, wird Konstantinopel von der Gesellschaft der Nationen übernommen werden. Ursprünglich hatte bekanntlich Amerika das Mandat verlangt, doch wurde auf einen Einspruch Lloyd Georges hin beschlossen, dasselbe den Vereinigten Staaten, England und Frankreich gemeinsam zu übertragen. (Aus dieser halbamtlichen Meldung läßt sich ziemlich klar erkennen, was unter der „Liga der Nationen“ zu verstehen ist. Die kleinen Kriegsteilnehmer, welche unter dem Begriff der Entente gefallen sind, dürfen sich natürlich an den großen Doppeln der Beute nicht beteiligen, weshalb erst eine Schlichterfirma für die Großstaaten gegründet werden mußte. Daß Deutschland in diese „Gesellschaft der Nationen“ nie eintreten darf, ist selbstverständlich; es dürfte auch kein Verlangen nach solcher Gesellschaft tragen. Schriftl.)

Waku, 18. Mai. Die träben Erfahrungen, die man in Ausland auf dem Gebiete der Sozialisierung der Betriebe bisher gesammelt hat, sind wenig geeignet, für diese Errungenschaft der Revolution Stimmung zu machen. So besagen die von Mitte April datierten letzten Nachrichten aus Waku, daß die Petroleumunternehmen „sozialisiert“, d. h. ihren rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben und die Arbeiter wieder aufgenommen worden sind.

Wilson's Niederlage in amerikanischer Beleuchtung.

Die englische Presse übermittelt eine Anzahl amerikanischer Pressestimmen über die Friedensbedingungen. Zweifel an der Durchführbarkeit einer Strafe durch Genera-

tionen findet sich in allen Artikeln der konservativen Blätter — Das „Journal of Commerce“ sagt, die Bedingungen seien hart genug, um Deutschland vielleicht für Generationen hinous zu verkrüppeln. — Die „Tribuna“ schreibt: Deutschland wird wirtschaftlich in Fesseln gelegt, vorausgesetzt, daß die Allierten Ausdauer und Kraft hätten, den Vertrag auf 30—40 Jahre zu erzwingen. — Von gleichen Prämissen ausgehend, bezeichnen einige der offiziellen Blätter der unparteiischen Liga von Nord-Dakota den Vertrag als schauerliche Verleumdung der Demokratie. Wilson lehne nicht als der größte Mann der Geschichte, sondern gebrochen und diskreditiert zurück.

Liberaler Blätter vertreten die Anschauung, daß der Vertrag den Grund für fortgesetzten Streit in Europa lege, da der Frieden kein Element der Dauer in sich schließt und Wege eröffne für ungezügelter Imperialismus in Asien und Afrika, daß er in schärfstem Widerspruch stehe zu den Idealen, die Wilson predige, und daß es für Amerika ein Wahnsinn sei, sich an Garantien für einen Völkerverbund zu beteiligen, welcher einen solchen Frieden bedeuten soll. Wilsons Prestige sei schwer, möglicherweise dauernd beeinträchtigt. — Selbst Leute, denen der Vertrag an sich gefällt, lassen ungewissheit erkennen, daß er eine gründliche Niederlage Wilsons darstellt.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 19. Mai. Versammlung der Deutschen demokratischen Partei. (Schluß.) Trotzdem muß man unserem Volke zum Bewußtsein bringen, warum dieser Friede für uns unannehmbar ist. Vor allem in wirtschaftlicher Beziehung. Wenn die Menschenmassen des Saargebietes, von Oberschlesien, Polen und Schleswig-Holstein dem Reich verloren gehen sollen, dann ist damit zu rechnen, daß Deutschland in seiner Lebenshaltung auf die 50er und 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückgeworfen wird. Das deutsche Volk kann nicht mit Arbeits-, Gewerbs- oder gar Kultur-möglichkeiten versehen werden. Und wenn wir genötigt sind, unser ganzes Wirtschaftsleben zurückzustellen auf eine häuerliche Grundlage, auf den Agrarstaat, dann kommen wir in jene armeneligen Zustände hinein, wo man Jahr um Jahr sich schindet und plagt, wo am Jahreschluß Null von Null ausgeht, wenn nicht gar ein Rückschritt zu verzeichnen ist. Unsere Volksgenossen nehmen die Frage wegen der Auswanderung so leicht hin, wenn es ihnen nur gut geht. In den Auswanderungsjahren 1876—82 gingen dem deutschen Volkvermögen 5—6 Milliarden Mark verloren. Man hat damals festgestellt, daß der einzelne Mensch von der Geburt bis zum 16. Jahre den Staat und den Eltern 1600 Mark kostete. Diese Summen wurden aus der deutschen Volkskraft herausgezogen und kamen der fremden Volkswirtschaft zu gut; die deutsche Volkswirtschaft wurde dadurch geschwächt. Das geht aber auch jene an, welche da bleiben, nicht bloß solche, die auswandern. Aber auch unsere häuerliche Bevölkerung muß einsehen lernen, wo sie getragen wird von einem lebensfrohen, geordneten, zahlenmäßig ausgedehnten Arbeiterstand. Das wird nicht nur der Bauer, auch der gewerbliche Mittelstand wird das empfinden.

Im Jahre 1871 hatte Deutschland mit etwa 41 Mill. Einwohnern 20,5 Millionen Bauern und 20 Millionen Richtbauern. Angebot und Nachfrage waren so ziemlich gleich, und es kamen keine so hohen Preise heraus. 1914 aber standen 18,5 Millionen Erzeuger 50 Millionen Verbraucher gegenüber. Die Marktlage war für den Bauern eine wesentlich günstigere, wo er unter drei Verbrauchern die Wahl hatte. Aber auch jeder von diesen drei Verbrauchern hatte mehr Geld als dies 1871 der Fall war. Dies geht verloren, wenn wir das Zahlenverhältnis auf halb und halb einstellen müssen. Wenn uns diese Friedensbedingungen aufgedrängt werden, wenn wir aus unseren Viehbeständen 140 000 Milchkuhe herausnehmen, ferner große Mengen von Pferden, Schafen usw., dazu 20 Milliarden Gold und außerdem finanzielle Bedingungen von unsagbarer Härte, Deutschland weiter verpflichtet werden soll, alle irgendwo in die Erscheinung tretenden Schäden gut zu machen, die Feinde sich außerdem vorbehalten, daß in einigen Jahren eine Kommission von ihnen zusammentritt, um festzustellen, was an weiteren Kriegsschäden in die Erscheinung tritt, Deutschland aber heute schon seine Zustimmung geben soll, dafür aufzukommen, dann erwachsen uns unsagbare Lasten. Haben doch deutsche Anexionisten seinerzeit von einer Kriegsschädigung von 450 Milliarden gesprochen; wenn die Feinde in diesem Stile darangehen, können sie eine ganz hübsche Summe herausbringen, dann können wir uns überlegen, wie viele Generationen an dieser Schuldenlast zu schleppen haben. Sie nimmt uns jede Möglichkeit, unser Wirtschaftsleben wieder aufzubauen; es ist ausgeschlossen, daß wir auf einer solchen

Anzeigenpreis:
die einpoltrige Zeitschrift
oder deren Raum 20 J.
außerhalb des Bezirks
22 J. bei Anstaltsverteilung
durch die Geschäftsstelle
30 J. extra.
Reklame-Zeile 50 J.
Bei größeren Aufträgen
entsprech. Rabatt, der in
Fälle des Mahnverfahrens
hinzufließt wird.
Schluß der Anzeigen-
Annahme 4 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wird
feinstele. Gemälde über-
nommen.



Grundlage den Anforderungen einer neuer Zeit gerecht werden können.

Ein solcher Friede nimmt uns unsere Kohlen, unsere Schiffe, und alles, mit dem wir unser zerrüttetes Wirtschaftsleben wieder in Gang bringen können; von allen internationalen Verträgen sind wir ausgeschlossen; es ist ganz undenkbar, daß sich unser Volk jemals erholen kann. Darum hat die Reichsregierung, die Nationalversammlung und unsere Friedensbündler durchaus recht, wenn sie sagen, gegen diese Friedensbedingungen gibt es nur ein lautes, unerbittliches „Nein!“

Und die Gegenüberlegung. Was wird, wenn wir nicht unterzeichnen? Dann wird die Blockade weiter durchgeführt, der Hunger geht erneut durchs deutsche Land und Volk. Aber glaubt von uns allen, daß wir besser daran sind, wenn die Feinde uns 140000 Milchkuhe nehmen und andererseits mehr Lebensmittel geben? Das sind Trugschlüsse. Die 140000 Milchkuhe, die Pferde, unsere Juchiter, die ganze Fortpflanzung unseres Rindviehbestandes, die Bewirtschaftung, unserer Felder ist in Frage gestellt, keine Kohlen für die Eisenbahn. Das heißt den Teufel durch Beelzebub austreiben. Wenn wir Ja sagen, leben wir dem Hunger noch mehr entgegen, als wenn wir Nein sagen; denn wir geben dem Gegner ein Recht in die Hand, die Erfüllung dieser Friedensbedingungen zu fordern, wenn wir außerstande sind, sie zu erfüllen, uns für diese Unmöglichkeit noch weiter zu strafen. Köln und Mainz und andere Städte und Gebiete sind Zug um Zug ihnen verfallen, wenn wir später erklären, wir können die Bedingungen nicht einhalten.

Wir haben das Recht und die Pflicht, einen Verständigungsversuch zu verlangen, der uns die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Wie lagen doch die Dinge vor der Revolution? Wir erklärten uns auf Grund der 14 Punkte Wilsons bereit, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten, und auch die Feinde mußten ihre Bedingungen auf diese 14 Punkte einstellen. Darauf haben wir die Waffen niedergelegt, unser Heer voreilig aufgelöst. Heute müssen wir das bitter büßen. Bethmann Hollweg hat seinerzeit erklärt, daß wir an Belgien ein Unrecht begingen, als wir strategisch gezwungen wurden, dort einzurücken und daß wir dieses Unrecht wieder gut machen wollten. Die Entente ließ durch den Mund Wilsons der Welt verkünden, es sollen neue Grundzüge hineingetragen werden über die Verständigung der Völker, es solle keinen Gewaltfrieden geben, weder Sieger noch Besiegte; es dürfe aus diesem Frieden kein Volk mit enttäuschten Hoffnungen hervorgehen. Wie steht es heute damit?

Es kommt aber nicht auf unser Empfinden allein an, sondern darauf, daß wir in der Tat nach diesem blutigen Ringen fest stehen sollen, daß in der Welt und unter den Völkern, auch unter den gesitteten, nicht die Raubtiergesinnung gelten, nicht der Stärkere recht haben soll. Es lohnt sich nicht für ein Volk, sich aufzuheben, um wieder auf die Höhe zu kommen, und dann, wenn oben, wieder hinabgestoßen zu werden in das dunkle Tal des Unterganges, der Vernichtung aller wirtschaftlichen und sozialen Werte eines Volkes. Unser Volk macht das nicht mit, auch die Leiter desselben nicht. Es muß noch eine Möglichkeit geben, auf einem andern Weg zu einem Austrag der Gegensätze zu gelangen und der Realität der Völker ein Ende zu bereiten. Und wenn die Feinde das von vornherein unmöglich machen, dann müssen wir erklären, dazu geben wir unsere Zustimmung nicht, da machen wir nicht mit. Wir dürfen es unsern Kindern nicht von Anfang an unmöglich machen, an ihre eigene Selbständigkeit zu glauben, damit dürfen wir sie nicht belasten. Wir müssen um unserer selbst willen, aus deutscher Gewissenhaftigkeit, deutscher Besinnung und Gesittung heraus und herausarbeiten. Daßmann hat mit Recht in der Nationalversammlung gesagt: Deutschland hat den Krieg nicht aufgenommen, um sich zu bereichern, um sich bessere Tage, um sich Raub zu verschaffen oder die Völker zu unterjochen, das deutsche Volk ist in den Krieg gezogen in der Ueberzeugung, daß wir ihn führten um unserer Ehre willen, um unsere wirtschaftliche und soziale Entwicklung sicher zu stellen, mehr wollten wir nicht. In dieser Einmütigkeit lehnen wir es heute ab, freiwillig uns tothlagen zu lassen. Alle Welt soll wissen, was wir von dem heuchlerischen Geschwätz unserer Feinde halten, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit aus nur idealen und sittlichen Zeitgedanken heraus den Krieg aufnahm und jetzt auch diesen Schmachfrieden ablehnt. Wir hungern, wenn es sein muß, auch noch etwas länger, aber die Welt soll es wissen, das deutsche Volk ist die einzige große Nation unter den Kriegsführenden, in der Sittlichkeit und Gerechtigkeit und das Recht auf Menschenwürde noch eine Feinstätte haben.

Auf die inneren Angelegenheiten des eigenen Volkes übergehend, bemerkte Redner, daß wir nicht beim Gräbeln und Profitieren bleiben, sondern ernsthaft auf anderem Gebiet arbeitend und aufbauend wirken wollen. Der 9. November habe das alte Staatsgebäude erschüttert und zusammenbrechen lassen; während bisher über dem Reich Kaiser und Bundesrat standen, kommt jetzt alle Staatsgewalt und Regierungsgewalt und gesetzgebende Macht von unten. Wie wären die politischen Kämpfer von 1848 gerichtet gewesen, eine Staatsverfassung zu Stande zu bringen, wo alle Gewalt vom Volke ausgegangen wäre, wie wären da nationale Feste gefeiert worden? Die Demokraten von 1848 hatten den erlöschenden Drang, daß der Staat in ihre Hand gelegt werde, um durch das Volk etwas zuwege zu bringen. Die Menschen von heute, wie sind denn diese? Wir haben jetzt die Demokratie, aber keine Demokraten, haben eine Republik aber keine Republikaner, einen Volksstaat aber kein Staatsvolk. Ein großer Selbstbetrug! Nie ist soviel von Demokratie geredet worden, wie in dieser Zeit. Wo ist Bürgersinn, wo die Idealisten? Wir sind die größten Materialisten, angefangen bei den Arbeitern bis hinauf zum reichen Fabrikanten. Nirgends etwas von Gemeinsein. Das Leben ist uns nicht mehr eine Gelegenheit zum Genießen. Es ist eine vollständige Verzerrung der Dinge. Wir glauben das Volk der

Arbeit zu sein, derweilen sind wir dieselben Krämerseelen, wie wir es den Engländern nachsagten; einer betrügt den andern. Man macht sich nicht mit dem Gedanken vertraut, das habe ich der Erde abgerungen, nur darauf besinnt man sich, wie kann ich den Andern überbieten?

Die Bürgerpartei bezeichnet sich als die Partei, welche das Christentum besonders pflegt. Wir sollten bescheidener werden, uns schämen, wie wenig das Christentum auch in in unserem deutschen Volke sich auswirken kann. Es hat moralisch versagt; das Christentum nicht, aber jene, welche es immer im Munde führen. Gedenken wir nur des Erlöserworts. Alles, das euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen. Da steht es bei uns geradezu trostlos aus; da nähern die äußersten Formen der Freiheit nicht. Wo sind die Menschen, welche dienen wollen? Alle sind enttäuscht weil sie vom Leben etwas mehr erwarteten. Geht hinaus in den Wald und betrachtet die Pflanzen und Bäume. An dem Unterschied erkennt ihr das Bild und den Zustand der Menschen von heute. Jetzt kann es sich im Wachstum zeigen, was in uns steckt. Manche haben früher gesagt, in diesem alten Obrigkeitsstaat hat es doch keinen Wert, was man sagt. Eine schöne Klausel, hinter der man seine Trägheit verbirgt! Und die Geigel- und die Regelabende sind die besuchtesten. Es ist eine große Lüge, wenn einige sagen, ich habe mir ein Weib genommen usw., traurige Troddel, die so reden. Wenn die Demokratie uns nicht enttäuscht, nicht ins Gegenteil umschlagen, nicht zu einem Werkzeug des Unglücks für uns werden soll, müssen wir selbst ernsthaftere Menschen werden.

In Weimar war ich dabei, wie Ebert zum Reichspräsidenten gewählt wurde. Da gab es Leute, welche die Nase rümpften, wie der Sattler Ebert aus der Werkstatt heraustritt und an die höchste Stelle im Reich tritt. Und mir gefällt es, daß Ebert der Sattler geblieben, daß er nicht ein Werk geworden, daß er ein einfacher Mensch geblieben ist, nachdem ihn das Schicksal an die höchste Stelle setzte. Aber er ist noch nicht der Inbegriff alles dessen, was die Demokratie in sich birgt, der alles in der besten Form zum Ausdruck bringt. Es hätte in der Nationalversammlung noch andere gegeben, doch darauf kam es nicht an, auch nicht auf die Republikanisten und den Purpur. An diesem fehlte es im alten Deutschland nicht, daran ist es auch nicht zu Grunde gegangen. Aber die Mehrheit des deutschen Volkes ist dem alten Kaisergedanken, dem alten Staatsideal nicht mehr gefolgt, der Kaisergedanke war nicht mehr der sammelnde Mittelpunkt, darum ist das Volk auseinandergefallen. Ein neues Deutschland ist zustande gekommen; ob Ebert der werdende Mittelpunkt sein wird, wissen wir nicht, aber er hat fertig gebracht, was ein anderer Mensch vielleicht nicht so fertig gebracht hätte. Man hat auf die Zusammenfassung der Regierung und wie sie gebildet wurde, hingewiesen, auf die Mängel im alten Staat und was er glänzend leistete. Am Tage nach der Revolution hätte man nochmals mit Ehrfurcht rückwärts schauen sollen und bedenken, was man zu Grabe getragen, man hat es nicht getan. Nun haben wir das Neue erlebt und gefunden, Menschen sind sie alle, auch die von der Sozialdemokratie. Lange hat man gesucht, bis man die richtigen Minister zu haben glaubte. Man wird sagen, solange die Herren sich sträubten, bis sie an der Regierung waren, ging es so, als sie aber einmal darin waren, als sie den Rißen genommen hatten, fuhr der Satan in sie. Menschen sind sie nun einmal alle. Aber dies ist noch kein Anlaß, über sie zu richten, das sind nur menschliche Fehler, die stets bleiben werden. Es blieb auch Freie Bahn dem Tüchtigen. Und da gibt es Menschen, die von sich eine besonders hohe Meinung haben und sich sagen, wenn es einmal soweit kommt, bin ich sicher einer von den Tüchtigen.

Nun haben wir ein deutsches Haus, und Berlin soll die Stelle sein, von der die Direktive ins deutsche Land hinausgetragen werden soll, praktisch eine Unmöglichkeit. Man muß vor allen Dingen praktisch von unten herauf entwickeln. Mit dem Übergewicht Berlins auf militärischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet lösten sich in den einzelnen deutschen Stämmen antideutsche Strömungen aus. Aus dem Wasserlopf Berlin kann nun einmal nicht eine Erleuchtung in die deutschen Lande hereinkommen. Man will u. a. die Sonntagstruhe durchführen ohne zu bedenken, daß ein großer Kreis von Leuten dadurch ernstlich an Zeit geschädigt wird. Von Berlin aus löst sich dieses Vielgestaltete im Reich nicht ab.

Uebergehend auf die engere württembergische Heimat bespricht Redner die neue Staatsverfassung, die konsequent demokratisch durchgeführt ist, Wahlrecht, Wohlstand, Zusammenziehung des Ministeriums, aus 5 Sozialisten, 2 Sozialdemokraten und einem Zentrumsmann bestehend, die Rechte der Wählerchaft auch bezüglich Auflösung der Landesversammlung und Ausschreibung von Neuwahlen. Dann geht er auf das vielumstrittene Gebiet über die Stellung von Kirche und Schule im neuen Staat über, wobei er in Bezug auf die Kirche die Selbstständigkeit einer Aenderung ihres Verhältnisses im neuen Volksstaat betont, auf ihre Stellung als Körperschaft des öffentlichen Rechts hinweist, die ihre Angelegenheiten selbstständig innerhalb der Schranken des Gesetzes verwaltet, und im weiteren die Besinnung und Rechte des Lehrers und der Eltern hinsichtlich des Religionsunterrichts erwähnt.

Bei der wirtschaftlichen Seite in der Verfassung schildert er den Kampf um den Sozialismus, der auf die politische Revolution die soziale folgen ließ. Das Schlagwort von der Sozialisierung habe die Massen hypnotisiert und Hoffnungen erweckt, die sich nicht erfüllen lassen. Die Wirtschaftsjahre der Kriegsjahre war gewiß der Weisheit höchstes nicht, da war nichts mehr davon zu spüren, daß Gerechtigkeit ein Volk erhöht, wohl aber daß Ungerechtigkeit ein Volk zu Schanden richtet. Unverkennbar tritt das Bestreben zu Tage, möglichst wenig zu arbeiten, dabei aber viel zu verdienen. Wo eben kein Interesse für die Arbeit vorhanden ist, können wir einpacken, dann ist alles mit uns aus. Es ist den Menschen zu viel in die Hand gegeben.

Auf die wirtschaftlichen Fragen des Mittelstandes eingehend, kritisiert Redner das Verhalten der Bürgerpartei, die sich als alleinige Hüterin desselben hinstellt, deren Mitglieder die Handwerkervereinigungen gegen die Deutsche demokratische Partei mobil machte und diese zu mißliebigen suchte, als ob sie nichts für den gewerblichen und bäuerlichen Mittelstand und das Handwerk leiste, was allerdings durch den Antrag Daßmann bei Beratung der Verfassung am 16. April glänzend widerlegt sei. Ohne Mittelstand könne man sich nichts Erspriechliches denken; Bauernstand, Handwerk und gewerblicher Mittelstand müssen ein unentbehrlicher Teil unseres Staates und unserer Wirtschaft sein und bleiben; sie müssen gegen Ausfaltung und Bewachung geschützt werden in denselben Maße, wie die Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten gegen Ausbeutung und Gefährdung sicherzustellen sei. Das Merkwürdige an dem Verhalten des bürgerparteilichen Abg. Hiller und seiner subversiven Propaganda gegen die Deutsche demokratische Partei bei den Handwerkervereinigungen war, daß Hiller und 5 Abgeordnete der Bürgerpartei bei der Abstimmung über die Verfassung gegen dieselben stimmten. Ohne Parteipolemik treiben zu wollen, müsse er, Redner, das feststellen, namentlich auch deshalb, weil in einer hiesigen Bürgerparteierversammlung seitens eines Geistlichen die Aeußerung fiel, die Sozialdemokratie habe kein Programm und die Deutsche demokratische Partei kein recht. Er möchte dem Herrn Partier empfehlen, sich zuerst mehr umzusehen und sich mit besserer Ueberzeugung in allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Fragen einzutun, ehe er anderen Parteien den Vertrauensboden entziehe.

In seinen weiteren Ausführungen unterstrich Redner das Eingende, als ein unabwiesliches Gebot unserer künftigen Zeit. Die schaffende Kraft des Volkes sei der Rattenboden, auf dem unsere Zukunft beruhe. Diesen wollen wir die Feinde entziehen, darum werde in diesen Tagen gekämpft, davon müsse jeder kleinliche Parteigeist, wie ihn neuerdings wieder die Stuttgarter Bürgerpartei zeige, zurücktreten. Wir sollen mit allen inneren Zerwürfungen und Parteizwistigkeiten aufhören. Wir sind jetzt wirklich in der Lage des Sommers auf einer der Halligen der Nordsee, der mit seinem Sohn auseinanderkam und von einer Auslösung nicht wissen wollte. Da kam die Sturmflut, das Wasser hing, die Menschen drängten zurück nach der Kirche, die auf höchstem Punkte stand; dort war die Rettung. Aber das Wasser kam nach und mit ihm der Tod. Da trat der alte Fischer zu seinem Sohn, reichte ihm seine schwiele Rede und sagte: „Komm, mein Jung, das ist vorüber, mein Jung, wir wollen zusammenstehen und sterben gehen!“ In dieser Situation befinden wir uns, befindet sich das deutsche Volk. Wo es noch eine Möglichkeit nationalen Lebens gibt, da dürfen wir uns nicht lange befassen, sondern müssen uns klar sein, daß wir zuerst Deutsche und nicht Parteileute sind, die da sagen, nicht die Feinde, sondern die Mehrheitspartei sind schuld. Wir wollen in diesem dunklen Tal, in dem wir uns befinden, nicht bloß arbeiten, sondern wirken, denn Deutschland muß wieder herauskommen, muß wieder auflieben aus deutscher Trübsal dieser Zeit, mehr als in der Zeit der Freude!

Allseitiger Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen, die namentlich, was den Schluß betraf, sichtlich tiefen Eindruck auf alle Anwesenden machten.

In seinem Schlusswort dankte Oberamtspfleger Kübler dem Redner für die großartige Rede, der Versammlung für die bekundete Aufmerksamkeit. Er brachte hierauf nachstehende an die Regierung zu richtende Protestkundgebung gegen den uns angebotenen Gewaltfrieden zur Kenntnis:

Eine von Angehörigen aller Parteirichtungen besuchte Versammlung in Neuenbürg erhebt klammenden Einspruch gegen den dem deutschen Volke angebotenen Gewaltfrieden und die ihm drohende Verflüssung.

Die Versammlung hält die jetzt vorliegenden Bedingungen für unannehmbar und erteilt von der Reichsleitung, daß sie nur einem Frieden zustimmt, der den Grundgedanken der Wilson'schen Grundfätze aufrichtig Rechnung trägt und jede Zumutung ablehnt, die die Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes gefährdet.

Die Anwesenden erklärten sich durch Erheben von der Seiten einstimmig damit einverstanden, womit die würdig verlaufene Versammlung ihr Ende fand.

Gräfenhausen, 19. Mai. Bei der am 11. ds. stattgehabten Gemeinderatswahl entfielen auf den Bauernverein 8 auf den Arbeiterverein 4 Sitze.

Unterlengenhardt, 19. Mai. Bei der gestrigen Gemeinderatswahl haben von 102 Wahlberechtigten 81 gestimmt. Der sozialistisch-demokratische Wahlvorschlag ging durch. Gewählt wurden: Bauer, Friedrich, Kriegsmann, Ehrhardt, Daniel, Holzauer, Kappler, Friedrich jun., Bauer, Klotz, Georg, Goldarbeiter, Kraam, Johann, Kuhausbesitzer, Rathfelder, August, Goldarbeiter, Schnauser, Karl, Goldarbeiter, Sattler, Jakob, Bauer.

Württemberg.

Nagold, 18. Mai. Tot aus der Nagold gezogen wurde, H. „Gesellschafter“, gestern vorm. das seit 12 Tagen vermißte Kind des Schuhmachermeisters G. Schwan. Die Turnvereine Nagold und Altensteig haben sich in diesen Tagen um die Wiederfindung des ertrunkenen Kindes ganz besonders bemüht.

Stuttgart, 19. Mai. Unliebame Familienverhältnisse veranlaßten die Frau des 39 Jahre alten Arbeiters Rudolf Weil von hier, ihren Mann wegen verachteten Morbs anzuklagen. Die heutige Hauptverhandlung ergab, daß der Angeklagte verschiedene Speisen Kupfervitriol beigemischt hatte. Die Zeugenaussagen schwächten die schwere Anklage aber vollständig ab. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, worauf unter Bravorufen der Zuhörerschaft Freisprechung erfolgte.

Stuttgart, 19. Mai. Es ist beabsichtigt, in kurzer Zeit die Reichsbanknoten zu 50 Mk. mit dem Datum von

21. Oktober
soll quadra
forde gebr
diese Reich
gehen solle
einen Zeitr
es sich, m
Reichsbank
Stutt
milit. Reg
auf dem bi
Ehre der
Militärko
Die werte
den Ar
Selbstm
Gegen
Stutt erap
ten dem er
am Schu
Der Wälde
schuldig
Zu b
Kriegsmi
an Einba
In die w
ungen ern
abgeben,
endet we
Verdring

Flor
naben gen
am 18. M
1917 323
Neul
geses Gen
glichen Re
tante der
der Feind
Man
Waldern
kult ist je
diege Baf
Thomas au
an Wirtsh
kalt. Glä

Stutt
minnt ha
Dinnjetzt
1917 4
Stimmen e
die Sozial
19108, die
Demach er
die Sozial
hängen 10
in auscro
den frühe
der frühe
militärisch
Unabhäng
den Zentru
Man
der Finanz
sowabes
über aus
Franz
ung veröff
der kaiserli
der anderen
auf an die

Ulag d
Verlän
polgribe

Unter
des Innen
1919 wird
Kriegsmel
polgribe
eben ihm
Kagaden m
Vasbesig
Der G
die gleiche
gemeinsam
Stuttg

V
Lan
möglich w
sich zu
bei
R. Vusa
lino, Karls
Häuser m
Art fiet



20. Oktober 1918, auf deren Vorderseite im Hauptteil die quadratische Umrandung und der Text in braunschwarzer Farbe gedruckt ist, aufzurufen. Da die Frist, innerhalb der diese Reichsbanknoten noch als gesetzliches Zahlungsmittel gelten sollen, vorwiegend kurz bemessen und höchstens auf einen Zeitraum von einigen Monaten beschränkt wird, empfiehlt es sich, mit der Ablieferung dieses Geldzeichens an die Reichsbank möglichst bald zu beginnen.

Stuttgart, 19. Mai. Heute vormittag trafen die Regierungstruppen nach den harten Kämpfen in Bagern auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein und marschierten, an der Spitze der Kommandeur, Hauptmann Ströblin, mit einer Militärkapelle die Königstraße hinauf zur Rotenbühlkaserne. Die weitergebräuteten Truppen wurden im Kasernenhof durch den Kriegsminister Herrmann, ferner vom Landesausmarsch der Soldatenräte und vom Stuttgarter Garnisonrat begrüßt.

Gegenlohe, O.A. Schornberg, 19. Mai. Fortwärt Stog erlachte am Freitag abend im Walde einen Wilderer, von dem er erschossen wurde. Der Fortwärt konnte noch einen Schuß auf den Mörder abgeben, der ihn auch trotz der Wilderer ist trotz seiner Verletzung bis jetzt noch nicht erkrankt gemacht worden.

Tübingen, 18. Mai. Nach einem Erlaß des württ. Kriegsministeriums wird die alte Kaserne mit Nebengebäuden zum Einbau von Wohnungen der Stadtgemeinde überlassen. In diese wird sich der Einbau von 54 Dreizimmer-Wohnungen ermöglichen lassen. Die neue Kaserne wird nicht abgebrochen, da sie zur Unterbringung der Reichswehr verwendet werden soll. Dagegen schweben Unterhandlungen wegen Überlassung der neuen Kaserne zur vorübergehenden Unterbringung von Studenten.

Baden.

Pforzheim, 19. Mai. Neuerkrankungen an Typhus werden gemeldet: am 16. Mai 28, am 17. Mai 13 und am 18. Mai 10. Die Gesamtzahl der Erkrankungen ist bisher 3233, die Gesamtzahl der Todesfälle 291.

Neulandheim, 6. Schwörzingen, 18. Mai. Durch ein großes Gendarmereinsatzgebiet sind die Hauptbetriebligen an der letzten Kolonate, acht hiesige Einwohner, verhaftet worden. Einige der Hauptläter haben sich vorläufig durch die Flucht zur Festnahme entzogen.

Rannheim, 17. Mai. Der im Kampf mit Schwarzschützen bei Sandhofen schwer verletzte Schuhmann Karl Kahl ist seinen Verwundungen erlegen. Als Täter sind der Major Adam Heer und der Wirt und Metzger Karl Thomas aus Lampertheim, sowie der Metzger Heinrich Bläß als Mörder ermittelt worden. Die beiden ersten sind verhaftet, Bläß ist flüchtig.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 19. Mai. Nach dem bisherigen Wahlergebnis haben von 179.448 Wahlberechtigten 109.462 ihren Stimmzettel gültig abgegeben. Abgestimmt haben insgesamt 109.874, ungültige Stimmen waren es 412. Es haben Stimmen erhalten: Die Deutsche demokratische Partei 35.709, die Sozialdemokratische Partei 27.916, die Bürgerpartei 19.108, die Unabhängigen 18.272, die Zentrumspartei 8.457. Demnach entfallen auf die Deutsche demokratische Partei 20, die Sozialdemokratie 16, die Bürgerpartei 10, die Unabhängigen 10 und auf das Zentrum 4 Sitze. Auffallend ist die außerordentlich große Stimmenzunahme der U.S.P. Dem früheren Gemeinderat und Bürgerausschuß gehörten aus der früheren Nationalliberalen Partei 19, der früheren Fortschrittlichen Volkspartei 11, der Sozialdemokratie 26 (wovon 11 Unabhängige), der früheren Konservativen Partei 6 und dem Zentrum 2 Mitglieder.

Rannheim, 19. Mai. Der französische Kontrolleur der Finanzen verfügte die Beschlagnahme sämtlicher bei den Finanzbehörden eingegangenen und noch eingehenden Holzpläne aus den staatlichen Forsten der Pfalz.

Frankfurt a. M., 18. Mai. Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht eine Zuschrift, nach der die Geistlichen der katholischen und evangelischen Kirchen und die Leiter der anderen religiösen Organisationen zu Harlem einen Aufruf an die Geistesrichteten, um andere Friedensbedingungen

zu erwirken. Die Leiter aller Kirchen und religiösen Organisationen werden ferner aufgefordert, gleiche Aufrufe zu erlassen und diese an die Gesandten der vier großen Ententestaaten in ihren Ländern zu senden.

Frankfurt a. M., 20. Mai. Laut „Berl. Lokalan.“ begannen gestern vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlungen wegen der letzten Plünderungen, die etwa 14 Tage dauern werden. Der Gesamtschaden der Plünderungen wird auf rund 6 Millionen Mark eingeschätzt.

Eisenach, 19. Mai. Nach dem heute nachmittag erfolgten Einrücken der Regierungstruppen des Korps Märtter wurde heute nacht der Belagerungsstand über Eisenach aufgehoben. Es herrscht Ruhe.

Berlin, 19. Mai. Die Berliner Morgenblätter melden: Der Vorstand der Sozialistischen Partei Deutschlands beantragte beim Internationalen sozialistischen Büro in Amsterdam die schnelle Einberufung der internationalen permanenten sozialistischen Kommission behufs Stellungnahme zu dem vorliegenden Entwurf des Friedensvertrages.

Berlin, 19. Mai. Wie jeben bekannt wird, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Anfangs März d. J. etwa 700 deutsche Zivilinternierte, die in den Vereinigten Staaten zu bleiben wünschten, aus den Gefangenenlagern entlassen. Ueber die Namen der Entlassenen liegt eine Mitteilung nicht vor.

Berlin, 19. Mai. Wegen die widerrechtliche Verhaftung des deutschen U-Bootskommandanten Kapitänleutnant Kiewewetter, der auf dem Heimwege von Spanien in England festgesetzt worden ist, obwohl die englische Regierung ausdrücklich freies Geleit zugesichert hat, ist von der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa und bei Admiral Bromning Protest erhoben worden.

Berlin, 19. Mai. Das Gardebataillionsführerkorps teilt mit: Am Samstag, 17. Mai nachmittags 3⁰⁰ Uhr ist ein Infanterieoffizier in Nähe und Umhang in einem dunkelblauen, geschlossenen Privatkraftwagen vor dem Zellengefängnis in Moabit, Lehrterstraße, vorgefahren. Der Offizier hat auf Grund eines gefälschten Ausweises den im Zellengefängnis wegen Ermordung der Frau Rosa Luxemburg in Untersuchungshaft befindlichen Oberleutnant Bogel abgeholt und ist mit ihm 4.15 Uhr in dem erwähnten Kraftwagen vom Zellengefängnis abgefahren. Für die Ermittlung des seitdem flüchtigen Oberleutnant Bogel und des begleitenden Infanterieoffiziers oder für sachdienliche Angaben zu deren Ermittlung wird eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

Berlin, 19. Mai. Die Kapitalertragssteuer, deren Entwurf vor einigen Wochen veröffentlicht worden war, ist vorläufig zurückgezogen worden.

Berlin, 19. Mai. Das unabhängige Organ „Freiheit“ fordert das Berliner Proletariat auf, am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Lustgarten in Massen zu erscheinen und die Versammlung zu einer Kundgebung gegen den Nationalismus, gegen den Gewaltfrieden und für die Weltrevolution zu gestalten.

Dresden, 20. Mai. Der Prozeß gegen den Mörder des sächsischen Kriegsministers Neuring wird im Juni vor dem Dresdener Schwurgericht zur Verhandlung kommen. Die Verschiebung soll darin liegen, daß nicht weniger als 70 Angeklagte und über 400 Zeugen zu vernehmen waren. Unter den Angeklagten befinden sich auch einige Frauen, von denen eine Neuring in dem Augenblick, wo man ihn über das Brückengeländer in den Strom ließ, mit ihrer Putznadel mehrmals ins Gesicht zu stechen fertig brachte.

Zu den Verhandlungen in Versailles.

Berlin, 20. Mai. Die deutsche Antwort auf den Friedensvorschlag der Alliierten und Assoziierten ist laut „Berliner Tageblatt“ fertiggestellt und dürfte noch heute durch einen Kurier nach Versailles gebracht werden. Voraussichtlich am Donnerstag wird sie übergeben werden.

Der Berliner Korrespondent des „Temps“ will von einem Mitglied des Friedensausschusses der Nationalversammlung aus dem Inhalt der deutschen Gegenentwürfe einiges erfahren haben, was unter Vorbehalt mitgeteilt wird. Unter anderem heißt es, Danzig solle deutsch bleiben. Nur

der Danziger Hafen solle als Freihafen mit selbständiger polnischer Mitwirkung eingerichtet werden.

Ein Wiener Blatt will von maßgebender deutscher diplomatischer Seite erfahren haben, daß Deutschland den Frieden nicht unterzeichnen werde, wenn die Entente auf der Abtretung Oberschlesiens, sowie von Teilen West- und Ostpreußens bestehen sollte. Der Friede werde nicht unterzeichnet, wenn die Bestimmungen über das Saarbecken aufrecht erhalten bleiben sollten.

Der Pariser Korrespondent der „Daily News“ hat angeblich den Eindruck gewonnen, daß die Bedingungen über das Saarbecken geändert werden sollen. Frankreich solle während der nächsten zehn Jahre Kohlen in einer Menge von Deutschland erhalten, welche dem Ertrag der zerstörten französischen Bergwerke gleichkomme und zwar kostenlos. Außerdem werde Deutschland an Frankreich sozial Kohlen liefern, wie die Gruben in Nordfrankreich in den nächsten zehn Jahren weniger produzieren als vor dem Krieg. Diese Kohlen solle Frankreich jedoch vergüten.

In verschiedenen Morgenblättern wird mitgeteilt, daß man in Paris mit der Möglichkeit rechne, daß die Entschuldigungsfrist für die Deutschen verlängert werde.

Rotterdam, 19. Mai. Eine amtliche Neuterdepesche meldet aus Paris, daß der Hauptteil der deutschen Gegenforderungen abgelehnt wurde, daß aber schriftliche Weiterverhandlungen zugestanden worden sind.

Eine vernünftige englische Stimme.

Amsterdam, 19. Mai. Wie „Allgemeines Handelsblatt“ aus London meldet, tritt Garvin in einem Leitartikel im „Observer“ dafür ein, daß die Alliierten nach Aufhebung der Blockade dafür sorgen sollen, daß Deutschland arbeiten könne, indem sie Rohstoffe nach Deutschland senden, ohne die Deutschland selbst den Teil der Schadensvergütung, der gerechtfertigt und dessen Bezahlung praktisch durchführbar sei, nicht bezahlen könne. Garvin fährt fort: Es besteht die Gefahr, daß die Deutschen infolge des Friedensvertrags in eine Lage kommen, in der das Recht auf ihrer Seite steht. Wenn das Recht von der einen zur anderen Seite übergeht, so wird die geschlagene Seite schließlich die Siegreiche sein. Der Sieg der Alliierten ist über alle Erwartungen vollständig. Jetzt ist es Zeit, die Feindseligkeiten und Unabarmherzigkeiten zu beendigen.

Die Hungerblockade soll noch mehr verstärkt werden.

Bern, 20. Mai. Aus zuverlässiger nichtschweizerischer Quelle erfährt der „Schweiz. Dep. Ag.“, daß die alliierten und assoziierten Regierungen gestern an die schweizerische Regierung eine Anfrage gelangen ließen, ob sie geneigt sei, eine strengere Maßnahme bei der allenfallsigen Verschärfung der Blockade gegen Deutschland zu ergreifen. Es handelt sich darum, ob sich die schweizerische Regierung dazu verstehen würde, die gesamte Ein- und Ausfuhr mit Deutschland zu verbieten mit Ausnahme derjenigen, die die Alliierten zugestehen. Die Anfrage bezweckt, jede größere Maßnahme einer Beschränkung der schweizerischen Zufuhr respektive Einfuhrung des Nationalertragsystems zu vermeiden.

Vom Oceanflug.

Rotterdam, 19. Mai. Eine Neuterdepesche von den Azoren berichtet: Die drei amerikanischen Marineflugzeuge hatten am Samstag früh 1 Uhr zwei Drittel der Strecke Amerika-Azoren zurückgelegt. Am Strande versammelte sich bei Tagesanbruch eine große Menschenmenge. Die Schiffe räumten den Hafen, um eine sichere Landung auf dem Wasser zu ermöglichen. Eine spätere Neuterdepesche sagt, daß das führende Flugzeug Curtiss nach 1 Uhr Ponta auf den Azoren erreichte. Der Flug von Amerika wurde in 15 Stunden und 13 Minuten ausgeführt.

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztaler“ werden fortwährend von allen Postanstalten, Postboten, von unserer Geschäftsstelle und den Austrägerinnen entgegengenommen.

Erlaß des Ministeriums des Innern an die Stadtverwaltungen Stuttgart, die Oberämter und die Ortspolizeibehörden, betr. das polizeiliche Meldewesen.
Vom 7. Mai 1919.

Unter Bezugnahme auf die Verfügung des Ministeriums des Innern über das polizeiliche Meldewesen vom 7. Mai 1919 wird darauf hingewiesen, daß die Pflicht der An- oder Abzugsmeldenden, den gemäß § 3 Abs. 2 und 3 der Meldeverordnung vom 20. Dezember 1913 (Reg. Bl. S. 358) ihnen oder für ihn Meldepflichtigen die erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß zu machen, auch gegenüber dem Hausbesitzer bzw. seinem Vertreter gilt.

Der Hausbesitzer bzw. sein Vertreter kann mit den für die gleiche Wohnungsänderung meldepflichtigen Personen eine gemeinsame Meldung erstatten (Abs. 5 a. a. O.).
Stuttgart, den 7. Mai 1919. Lindemann.

Villa, Landhaus
mit größ. Garten
zu kaufen gesucht
bei Verzählung.
M. Busam, Liegenchaftsbüro, Karlsruhe, Dorenstr. 38.
Haus mit Geschäften aller Art stets zu verkaufen. :

Ein neuer
Divan, Bettrost
(Kameltasche) und ein neuer
(Friedensware) sind preiswert abzugeben.
Näheres in der Enztaler-Geschäftsstelle.

Einführung von Pferdemarkten in der Stadt Calw.

Die Stadtgemeinde Calw, welche bisher berechtigt war, je am zweiten Mittwoch der Monate Januar, April, Juni, August und November einen Viehwarkt abzuhalten, sucht darum nach, an Stelle der ausfallenden Viehmärkte bzw. wenn diese wieder erlaubt sind, in Verbindung mit denselben **Pferdemarkte** für die Zeit bis Mai 1921 abhalten zu dürfen.

Eingwendungen hiegegen sind binnen 8 Tagen beim Oberamt einzubringen.
Calw, den 15. Mai 1919. Oberamtmann Göa.

Oberamtsstadt Neuenbürg. Sitzung d. Gemeinderats
am Mittwoch, 21. Mai 1919, abends 6 Uhr.
Beratungsgegenstände:

- 1) Besuch des Karl Bischoff, Zimmermeisters um Abtretung eines Grundstücks an der Wildbaderstraße zu einem Neubau.
- 2) Besuch des Ernst Koch um Überlassung von Gelände am Dornacher Fußweg zu einem Kleintierstall.
- 3) Angelegenheiten der laufenden Verwaltung.
Den 17. Mai 1919. Stadtschultheiß Knodel.

Sandwirtschaftlicher Bezirksverein Neuenbürg.

In den nächsten Tagen stehen
60 Ztr. Natron-Salpeter
(Ersatz für Chilisalpeter) zur Verfügung.
Bestellungen nimmt entgegen
Kassier E. Welß, Ottenhausen.
Neuenbürg, 19. Mai 1919.

Birkenfeld.
Eine hornlose, weiße
Milchziege
ist zu verkaufen
Dieltlingerstr. 30.

Anständiges, fleißiges
Mädchen,
welches etwas vom Kochen versteht, kann sofort eintreten.
Gasthaus z. Ratstaler, Wildbad.

Neuenbürg.
Wolfshund
zugelaufen
und kann gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld innerhalb 8 Tagen abgeholt werden.
G. Bacher.

Ein bereits noch neuer, blauer
Kastenwagen
mit Matratzen zu verkaufen.
Zu erkragen
Villa Waldrub, Herrenalb.



Oberamtsstadt Neuenbürg.
Bekanntmachung der Wahlvorschläge zur Gemeinderatswahl.

Zu der am Sonntag, den 25. Mai 1. J. stattfindenden Gemeinderatswahl sind 3 gültige Wahlvorschläge eingereicht worden, welche hiernach bekanntgegeben werden.
Verbunden sind und gehören zusammen: die Wahlvorschläge Nr. 1 und 2.
Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß nur solche Bewerber gültig gewählt werden können, deren Namen in einem dieser Wahlvorschläge enthalten ist.
Den 19. Mai 1919.

Vorsitzender des Wahlvorstands:
Knodel.

Nr. 1.

Deutsche Demokratische Partei.

1. Baumann, Julius, Rabinettmeister.
2. Binder, Gottlob, Rabinettmeister.
3. Ferendach, Robert, Schreinermeister.
4. Gollmer, Friedrich, Schlauchfabrikant.
5. Kaiser, Karl, Bierlagerhalter.
6. Krammer, Ludwig, Priester.
7. Knäuper, Karl, Schneidermeister.
8. Kändler, Karl, Oberamtspfleger.
9. Lutz, Martin, Kaufmann.
10. Mahler, Eugen, Bankkassier.
11. Frommer, Karl, Sattlermeister.
12. Hübler, Karl, Kaufmann.
13. Schmidt, Emil, Eisigfabrikant.
14. Scholl, Karl, Bäcker und Wirt.
15. Vogt, Franz, Senfenschmied.
16. Vollmer, Karl, Rektor.

Nr. 2.

Bürgerpartei.

1. Hagmayer, Rudolf, Bäckermeister.
2. Holzappel, Friedrich, Oberamtsparaffasser.
3. Hühner, Karl, Kaufmann.
4. Kainer, Christian, Bäckermeister.
5. Mahler, Sofie, Seifenfabrik-Frau.
6. Däner, Ernst Jr., Anferwirt.
7. Schenker, August, Schuhmachermeister.
8. Meyer, August, Fabrikant.

Nr. 3.

Vereinigte Arbeiterschaft.

(Sozialdemokr. Partei, Evang. Arbeiterverein, Deutscher Metallarbeiterverband, Deutscher Holzarbeiterverband).

1. Heingelmann, Friedrich, Schriftfeger.
2. Dietrich, Gottlieb, Graveur.
3. Blach, Wilhelm, Werkführer.
4. Heiner, Friedrich, Senfenschmied.
5. Siederer, August, Holzarbeiter.
6. Schmid, Karl, Mechaniker.
7. Titellus, Christian, Armenpfleger.
8. Höhn, Fritz, Senfenschmied.
9. Hartmann, Rudolf, Krankenkassenbeamter.
10. Müller, Gottlieb, Sägermeister.
11. Pfaff, Ludwig, Rabinettmeister.
12. Gorgus, Ernst, Buchbinder.
13. Müller, Rüdiger, geb. Red., Hausfrau.
14. Haldwanger, Wilhelm, Gärtler.
15. Gauß, Ludwig, Senfenschmied.
16. Hagenbuch, Geora, Säger.

Amtsgericht Neuenbürg.

Im Güterrechtsregister ist eingetragen worden:

I. Jakob Böker, Fabrikarbeiter in Feidrennach, und dessen Ehefrau Bertha Böker, geb. Großmann, daselbst.

Die Eheleute haben durch notariellen Ehevertrag vom 26. April 1919 Gütertrennung als eheliches Güterrecht vereinbart.

II. Robert Riefer, Fabrikarbeiter in Calmbach, und dessen Ehefrau Bertha Riefer, geb. Dürr, in Calmbach.

Die Eheleute haben durch notariellen Ehevertrag vom 28. April 1919 Gütertrennung als eheliches Güterrecht vereinbart.

Den 15. Mai 1919. Oberamtsrichter Brauer.

Amtsgericht Neuenbürg.

Im Handelsregister, Abteilung für Gesellschaftsfirmen, ist bei der Firma

Lederfabrik Birkenfeld i. B. (Theod. F. Becker Nachf.) in Birkenfeld

eingetragen worden:

Dem Kaufmann Reinhard Warneck in Pforzheim ist Procura erteilt worden.

Den 15. Mai 1919. Oberamtsrichter Brauer.

Im Vertrauen

auf die tausendfach erprobte Wirkung, selbst wenn schon viele andere ohne Erfolg angewandt, nehmen Frauen bei Monatsbeschwerden die vielbewährten echten **Frauentropfen „Prebar“** desill. ex Cinnamoni. Alcoh. Caryphyl. Fol. mellis, 3 Flasche M. 3.—. Dosis: 10 Tropfen 3-4 mal täglich. Bei sehr hartnäckigen Beschwerden Doppelrezept. M. 18.50. Bedeutsam erhöhte Wirkung wird erzielt durch gleichzeitigen Gebrauch von „Prebar-Lee“. Dose M. 2.50. Warnung vor Nachahmungen. Versand nach auswärts gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.

Medizinisches Versandhaus, Bremen 338, Postfach 225.

Gemeinde Calmbach.
Bekanntmachung der Wahlvorschläge zur Gemeinderatswahl.

Zu der am Sonntag, den 25. Mai 1. J. stattfindenden Gemeinderatswahl sind drei gültige Wahlvorschläge eingereicht worden, welche hiernach bekanntgegeben werden.
Verbunden sind und gehören zusammen: die Wahlvorschläge Nr. 1 und 2.
Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß nur solche Bewerber gültig gewählt werden können, deren Namen in einem dieser Wahlvorschläge enthalten ist.
Calmbach, den 19. Mai 1919.

Vorsitzender des Wahlvorstands:
Görle.

Nr. 1.

Württ. Bürgerpartei.

- Barth, Christian, Schmiedmeister.
Reppler, Friedrich, Sägewerksbesitzer.
Kändler, Philipp, Cigarrenfabrikant.
Seyfried, Karl, Maurermeister.
Reisigler, Wilhelm Jung, Schuhmachermeister.
Neumann, Wilhelm, Bäckermeister.
Raupp, Rudolf, Sattlermeister.
Rau, Philipp, Stützungspfleger.
Peter, Friedrich, Bäckermeister.
Rieser, Gottlob, Fuhrwerksbesitzer.
Rühel, Julius, Hauptlehrer.
Desterle, Martin, Wagner.
Richt, Gottlob, Wirt zur „Sonne“ und Landwirt.
Seyfried, Wilhelm, Metzgermeister, beim „Hirsch“.

Nr. 2.

Deutsch-DEMOKRATISCHE Partei.

- Gambler, Alfred, Fabrikant.
Barth, Franz, Zimmermeister.
Reber, Fritz, Fuhrwerksbesitzer.
Rieser, Jakob, Maurermeister.
Dürr, Karl, Cigarrenfabrikant.
Wurder, Karl, Räder.
Schwenk, Karl, Schreinermeister.
Vott, Karl, Bäckermeister.
Wörg, Martin, Sattlermeister.
Rieser, Gottfried, Krankenkassenverwalter.
Vott, Fritz, Schreinermeister.
Treiber, Hermann, Vorarbeiter.
Barth, Wilhelm, Schuhmachermeister.
Seyfried, Christof, Cigarrenfabrikant.

Nr. 3.

Sozialdemokratische Partei.

- Prof. Adolf, Gipsler.
Zündel, Wilhelm, Metallarbeiter.
Prof. Karl, Schreinermeister.
Strodel, Christian, Lagerhalter.
Vott, Jakob, Kaufmann, bei der „Krone“.
Dürr, Wilhelm, Säger, Gipslers Sohn.
Wurder, geb. Knäuper, Luise, Hausfrau.
Kraus, Wilhelm, Stahlgraveur.
Kraus, Wilhelm, Blahmeister.
Jäger, Wilhelm, Bauer.
Wegler, Hermann, Metallarbeiter, am Wasser.
Rizler, Fritz, Maurer.
Holt, Karl, Gärtler.
Wagner, Wilhelm, Metallarbeiter.

Moderne Wand-Uhren in Nussbaum mit 1/2 mit Messing-Werk und Eichen und 1/4 Schlag von 60 bis 200 Mark



empfehlen

Uhrmacher Löffler, Calmbach.

In Schömberg bei Wildbad wird am Montag, 26. Mai, nachm. 3 Uhr, ein

Gartenhaus

(Fachholzbau mit Ziegeldach, 4,10 x 5,10 Grundfläche, mit angebautem Küchen- u. Raum, 3,60 x 1,50 m, Höhe bis Dachrand ca. 4 m, Dachstuhlraum), in öffentlichem Aufstreich an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung verkauft. Das Gartenhaus kann leicht verlegt werden. Auskunft erteilt Herr Schultheiß Herrmann in Schömberg.

Feinstes

Filder-Sauerkraut

zu den vorgeschriebenen Bedingungen prompt lieferbar.

Wilh. Wecker,

Weineffig- und Konservenfabrik, Heilbronn a. N., Fernsprecher 276 und 277.

Neuenbürg.
Wahlen zur Landeskirchenversammlung.

Dienstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, werden im Evang. Gemeindehaus hier die Bewerber für die am 1. Juni stattfindende Wahl zur Landeskirchenversammlung in öffentlicher Versammlung sich vorstellen.

Einladung zum Besuch dieser Versammlung ergibt hiemit an die gesamte Wählerschaft, Frauen und Männer.
Den 17. Mai 1919.

Evang. Kirchengemeinderat.

Neuenbürg.
Dankagung.

Wir fühlen uns verpflichtet, für die vielen Aufmerksamkeit und Glückwünsche aus Anlaß unserer goldenen Hochzeit auf diesem Weg unseren herzlichsten, innigsten Dank auszusprechen.

Christian Gaifer und Frau.



Gute Nahrung

braucht das Leder, sonst bricht es frühzeitig. Verwenden Sie nur Delow's Lederpug

Nigrin

und Ihre Schuhe bleiben gut.

Kunstfärberei, chem. Waschanstalt

Karl Timens,

Pforzheim, Deimlingstr. 10.

Tadellose Arbeit. — Mäßige Preise.

Freiwill. Feuerwehr Neuenbürg.

Übung des ganzen Korps am Mittwoch, den 21. Mai, abends 1/7 Uhr. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen. Das Kommando.

Ess-Bestecke

empfehlen Braunwart's Nachf., Uhrmacher: Neuenbürg.

Zum Sohlen und Flecken

empfehlen Heinrich Riefer, wohnhaft bei Wilhelm Bauer Senfenschmied, Hühnerstr. 273. Neuenbürg. Eine gute Violine hat zu verkaufen Chr. Meck, Hafner.

Eine Ruh

hat zu verkaufen Gottfried Roth.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Es können abgeholt werden bis Samstag, den 24. Mai gegen Lebensmittelmarche 3 b. Kaufmann Luftmann. Pfister, Wilh. Gauß, Wilm. Chr. Mayer, Franz Knäuper und Wilh. Gaifer

Marmelade (1 kg)

Gegen Lebensmittelmarche 4 bei Fa. Pfannschäfer & Co.

Suppenfaden.

Gegen Lebensmittelmarche 5 bei Bäckermeyer Chr. Kainer

Weizengries (125 g)

Gegen Lebensmittelmarche 6 bei Fel. Luise Buch

Graupen (125 g)

oder bei Kaufmann Knäuper

Kartoffelmehl (125 g).

Städt. Lebensmittelmarche 7. A. Kienle.

Möbelstreiner

Suche einen tüchtigen auf sofort. Ernst Kull, mech. Schreiner Birkenfeld. Untere Niebelsbach. Eine Ruh mit Korb hat zu verkaufen Gottfried Roth.